

Rüsselsheim, den 10.07.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 25.06.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 - 2024 Bezug: DS 171/16-21 - Schulentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main hier: Medienentwicklungsplan und Fortschreibung Schulentwicklungsplan DS-Nr. 640/16-21

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 640/16-21 werden keine Anträge gestellt.

Änderung des § 4 der Haushaltssatzung 2020 Höchstbetrag der Liquiditätskredite DS-Nr. 703/16-21

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 703/16-21 werden keine Anträge gestellt.

Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige 2020/2021 DS-Nr. 695/16-21

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 695/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2020/2021
DS-Nr. 696/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 werden keine Anträge gestellt.

**Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschulkinder 2020/2021
DS-Nr. 697/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zur DS 697/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Wahl der von der Stadtverordnetenversammlung zu berufenden Vertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Riedwerke Kreis Groß-Gerau
DS-Nr. 682/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 682/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Wechsel von Mitgliedern der CDU-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Aufsichtsrat Stadtwerke
DS-Nr. 689/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 werden keine Anträge gestellt.

**Nachrücker der CDU-Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen
DS-Nr. 690/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 690/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Nachrücker der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Rüsselsheim/Raunheim
DS-Nr. 691/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 691/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Nachrückerinnen und Nachrücker der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion in der Betriebskommission des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe
DS-Nr. 692/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 692/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Nachrücker der CDU-Fraktion, Nachrücker der FDP-Fraktion, Benennung der Mitglieder der Fraktion UL sowie Nachbenennung sachkundiger Einwohner*innen zur Bildung der Verkehrskommission - Ergänzung der DS 95/16-21
DS-Nr. 693/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 693/16-21 werden keine Anträge gestellt.

**Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 - 2021
hier: Stellvertretung für die FDP-Fraktion
DS-Nr. 694/16-21**

Zum Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.04.2020 zur DS 694/16-21 werden keine Anträge gestellt.

TEIL I

**TOP 3 Verbindliche Bauleitplanung Rüsselsheim am Main, Verfahren der Innenentwicklung (gemäß § 13a BauGB) Bebauungsplan Nr. 48/6, Bezeichnung: „Dicker Busch I, 6. Änderung, Kita Thüringer Straße“
hier: 1. Entscheid über eingegangene Stellungnahmen aus der durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur öffentlichen Auslegung gemäß §§ 3, 4 BauGB i.V. mit § 13a BauGB
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB i.V. mit § 13a BauGB
DS-Nr. 685/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 685/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung Rüsselsheim am Main, Verfahren der Innenentwicklung (gemäß § 13a BauGB) Bebauungsplan Nr. 48/6, Bezeichnung: „Dicker Busch I, 6. Änderung, Kita Thüringer Straße“ – 1. Entscheid über eingegangene Stellungnahmen aus der durchgeführten Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur öffentlichen Auslegung gemäß §§ 3, 4 BauGB i.V. mit § 13a BauGB – 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB i.V. mit § 13a BauGB – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 4 Verbindliche Bauleitplanung, Gemarkung Rüsselsheim, Verfahren der Innenentwicklung (gem. § 13a BauGB) Bebauungsplan-Änderung Nr. 72/9 „Im Hasengrund, 9. Änderung“
hier: Anerkennung und Beschlussfassung des Entwurfs zur Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange am Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13a BauGB
DS-Nr. 686/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 686/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung, Gemarkung Rüsselsheim, Verfahren der Innenentwicklung (gem. § 13a BauGB) Bebauungsplan-Änderung Nr. 72/9 „Im Hasengrund, 9. Änderung“; Hier: Anerkennung und Beschlussfassung des Entwurfs zur Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange am Verfahren gemäß § 4 Abs. 2 BauGB u. V. m. § 13a BauGB – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 5 HH-Begleit Antrag - Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung
Bensheimer Straße / Rathausstraße / Konrad-Adenauer-Ring in Königstädten
Bezug: Antrag Nr. 25 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
FWR/FNR vom 04.02.2019
DS-Nr. 671/16-21**

Zur DS 671/16-21 – Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung Bensheimer Straße / Rathausstraße / Konrad-Adenauer-Ring in Königstädten; Bezug: HH-Begleit Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWR/FNR vom 04.02.2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A.1. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. und B.2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 6 "Deutschlandstudie"
Bezug: Antrag Nr. 53 der FDP-Fraktion vom 25.06.2019
DS-Nr. 687/16-21**

Zur DS 687/16-21 „Deutschlandstudie 2019“; Bezug: Antrag Nr. 53 der FDP-Fraktion vom 25.06.2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. und B.2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 7 Besetzung der Funktion des/der ehrenamtlichen kommunalen
Behindertenbeauftragten
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 683/16-21**

Zur DS 683/16-21 – Besetzung der Funktion des/der ehrenamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten – Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern I.1. und I.2. zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 8 Dienstgebäude, Mainstraße 7
hier: Bauzustandsbericht
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 698/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrates – DS 698/16-21 – Dienstgebäude Mainstraße 7, Bauzustandsbericht – zur Kenntnis.

**TOP 9 Jahresbericht 2019 - Beistandschaften, Pflugschaften, Vormundschaften
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 707/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrates – DS 707/16-21 – Jahresbericht 2019 Beistandschaften, Pflugschaften, Vormundschaften – zur Kenntnis.

**TOP 10 Kostenüberwachung von größeren Projekten
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 708/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrates – DS 708/16-21 – Kostenüberwachung von größeren Projekten; Hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte – zur Kenntnis.

**TOP 11 Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 29.02.2020
-Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 688/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrates – DS 688/16-21 – Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 29.2.2020 – zur Kenntnis.

**TOP 12 Zwischenbericht "Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und
Kulturzentrums"
Bezug: DS 483/16-21 Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und
Kulturzentrums
DS-Nr. 713/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 713/16-21 wie folgt zur Kenntnis:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Zwischenbericht zur Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums und den Abschlussbericht der überfraktionellen und nichtöffentlichen Arbeitsgruppe zur Kenntnis. (Anlage)
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt in Bezug auf ein innerstädtisches Bildungs- und Kulturzentrum darüber hinaus zur Kenntnis:
 - a) dass die Grundschule Innenstadt als möglicher Standort nicht mehr zur Verfügung steht, da der zukünftige Schulentwicklungsplan hier weiterhin eine schulische Einrichtung vorsieht.
 - b) dass keine weiteren geeigneten Flächen oder Räume in der Innenstadt zur Verfügung stehen.
 - c) dass die Arbeitsgruppe das Opel Altwerk für einen geeigneten Standort hält.
 - d) dass die Verwaltung in weiteren Gesprächen mit den Akteur*innen die Bedarfe konkretisieren wird.
 - e) dass die Verwaltung auf der Grundlage der konkretisierten Bedarfe Gespräche mit den Eigentümern des Opel Altwerks darüber führen wird, welche Realisierungsmöglichkeiten zu welchen Bedingungen machbar sind, ob eine Realisierung auch in Teilschritten möglich ist und der Stadtverordnetenversammlung die Ergebnisse zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen wird.

**TOP 13 Sachstandsbericht Kultursteuerung 2018/2019
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 718/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Sachstandsbericht der Kultursteuerung für die Jahre 2018 und 2019 – DS 718/16-21 – zur Kenntnis (Anlage 1).

**TOP 14 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des
Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 709/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 709/16-21 – Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 15 Nachrücker der Fraktion FDP in der Betriebskommission des Eigenbetriebes
Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 710/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 710/16-21 – Nachrücker der Fraktion FDP in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 16 Nachrücker der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Betriebskommission
des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 711/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 711/16-21 – Nachrücker der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 17 Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden
stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die
Wahlperiode 2016 - 2021
hier: Vertretung und Stellvertretung für die WsR-Fraktion
DS-Nr. 712/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 712/16-21 – Nachwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes und eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Vertretung und Stellvertretung für die WsR-Fraktion – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 18 Nachbenennung sachkundiger Einwohner*innen zur Bildung der
Verkehrskommission - Ergänzung der DS 95/16-21
DS-Nr. 723/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 723/16-21 – Nachbenennung sachkundiger Einwohner*innen zur Bildung der Verkehrskommission – Ergänzung der DS 95/16-21 – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 19 Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim
Bezug: Antrag Nr. 28 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die
Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 04.02.2019
DS-Nr. 715/16-21**

Zur DS 715/16-21 – Prüfauftrag eines Frauenhauses in Rüsselsheim; Bezug: Antrag Nr. 28 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, FWR/FNR vom 04.02.2019 –

nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 20 Grundsatzbeschluss über die Weiteranmietung von
Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und
wohnungslose Menschen
DS-Nr. 716/16-21**

Zur DS 716/16-21 – Grundsatzbeschluss über die Weiteranmietung von Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit gefährdete und wohnungslose Menschen – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.5. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. und B.2. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 21 Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG); Abschluss einer öffentlich-
rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis
Groß-Gerau
DS-Nr. 717/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 717/16-21 – Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG); Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Groß-Gerau – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 22 Kulturkonferenz 2019 / Fortschreibungsprozess Kulturprofil 2020 - 2025
DS-Nr. 719/16-21**

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass am 14. November 2019 die vierte Kulturkonferenz stattfand. Der Fokus lag dabei auf dem Kulturprofil 2015 - 2020 sowie ersten Anregungen für das neue Kulturprofil 2020 - 2025.
2. dass die Ergebnisse aus dem Workshop-Teil der Kulturkonferenz in der Zusammenschrift (Anlage) sowie auf der Homepage www.kulturprofil-ruesselsheim.de eingesehen werden können.
3. dass aus der Kulturkonferenz heraus zwei Personen in die „AG Kulturprofil“ gewählt wurden, die ab Februar 2020 die Inhalte für das fortzuschreibende Profil ausarbeiten sollte.
4. dass die „AG Kulturprofil“ sich in ihrer ersten Sitzung am 3. Februar 2020 auflöste und den ursprünglich geplanten Fortschreibungsprozess stoppte.
5. dass die Fortschreibung des Kulturprofils seither ruht.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den

2. Lösungsvorschlag B:

beauftragt den Magistrat, nach der nächsten Kommunalwahl mit der Grundsatzentscheidung auf

die Stadtverordnetenversammlung zuzukommen, ob ein aktuelles Kulturprofil entwickelt werden soll.

**TOP 23 Regelung der Gebühren für die Kindertagesbetreuung während der Corona-Zeit
DS-Nr. 721/16-21**

Zur DS 721/16-21 – Regelung der Kindertagesbetreuung während der Corona-Zeit – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.4. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 24 Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der gewobau zur Finanzierung der Kindertagesstätte Berliner Straße
DS-Nr. 727/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 727/16-21 – Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der gewobau zur Finanzierung der Kindertagesstätte Berliner Straße – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 25 Wahl eines Mitgliedes des Ortsgerichtes Rüsselsheim-Königstädten
DS-Nr. 728/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 728/16-21 – Wahl eines Mitgliedes des Ortsgerichtes Rüsselsheim-Königstädten – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

**TOP 26 Bebauungsplanverfahren Nr. 144 "Opel Forum Rüsselsheim - Motorworld"
Hier: Ergänzung zum städtebaulichen Vertrag § 5.6 und 5.7
DS-Nr. 726/16-21**

Zur DS 726/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vor. Es wird getrennte Abstimmung der beiden Punkte des Änderungsantrages beantragt.

Abstimmung über Pkt. 1) des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 22.06.2020:

Pkt. 1) des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„1) Im Wortlaut (in Abschnitt „C. Lösungsvorschlag“) des Abschnitts § 5.6, der in den städtebaulichen Vertrag mit der Motorworld (RAB und RCD GmbH & Co. KG) eingefügt werden soll, werden die drei letzten Worte „oder erfolgen wird“ gestrichen.“

wird mit 38 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen **beschlossen**.

Abstimmung über Pkt. 2) des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 22.06.2020:

Pkt. 2) des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„2) Der bisherige Abschnitt „A. Ziel und Ausgangslage“ wird gestrichen.“

wird mit 38 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Weiterhin liegt ein zusätzlicher Beschlusstext der Verwaltung auf Empfehlung des Dezernates III und des Rechtsamtes vor, der dem Ältestenrat am 24.06.2020 per Mail zugesandt wurde.

Abstimmung über den zusätzlichen Beschlusstest der Verwaltung:

Die Stadtverordnetenversammlung fast einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die erneute Offenlage des Bebauungsplanentwurfs inkl. seiner Anlagen und des städtebaulichen Vertrages in der heute beratenen und beschlossenen Version für die Dauer von 30 Tagen.“

Abstimmung über die DS 726/16-21:

Zur DS 726/16-21 – Bebauungsplanverfahren Nr. 144 „Opel-Forum Rüsselsheim – Motorworld“; hier: Ergänzung zum städtebaulichen Vertrag § 5.6 und § 5.7 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A.)1. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.)1. mit 38 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 27 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.05.2020 - Ausgelegte Dokumente des B-Plan 144

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.05.2020 vor. Die Antrag stellende Fraktion erklärt, dass Punkt. 2) dieses Antrages zurückgezogen wird und nur die Punkte 1a) und 1b) bestehen bleiben.

Weiterhin liegt zu dem vg. Antrag ein Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 23.06.2020 vor.

Im Laufe der Diskussion erklärt die Antrag stellende Fraktion, dass die in Spiegelstrichen eingefügten Formulierungen des Ergänzungsantrages (textliche Ergänzungen zu den Ziffern 11 und 12 der Begründung der Anlage 2 des B-Plan 144) gestrichen werden.

Die so geänderte Formulierung des Ergänzungsantrages wird dem Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.05.2020 als neuer Punkt 2) angefügt.

Es wird Einzelabstimmung zu den einzelnen Punkten des wie zuvor beschrieben geänderten Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität beantragt.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 15.05.2020 in geänderter Form:

Punkt 1a):

Punkt 1a) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„In der Anlage 2 (Planzeichnung) ist folgende Änderung zur Erfüllung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 13.2.2020 zur DS 635 vorzunehmen:

1a) In der Anlage 2 ist die Brücke zwischen A8 und B19 durch Baulinien (rot) statt durch Baugrenzen (blau) zu kennzeichnen. (siehe im Beschlussblatt den beschlossenen Text des Antrags 2d von Die Linke/Liste Solidarität).“

wird einstimmig **beschlossen**.

Punkt 1b):

Punkt 1b) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„In der Anlage 3 (Begründung) ist folgende Änderung zur Erfüllung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 13.2.2020 zur DS 635 vorzunehmen:

1b) In der Anlage 3 ist der Text im Abschnitt 3.2.3 zur Brücke A8/B19 durch den in der StVV beschlossenen Text zu ersetzen (siehe im Beschlussblatt den beschlossenen Text des Antrags 2c von Die Linke/Liste Solidarität).

wird einstimmig **beschlossen**.

Punkt 2 (neu gemäß Ergänzungsantrag vom 23.06.2020 in geänderter Form):

Punkt 2 des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität in geänderter Form gemäß Ergänzungsantrag vom 23.06.2020 in geänderter Form:

„In den Anlagen 2 (Plan mit textlichen Festsetzungen) und 3 (Begründung) werden die textlichen Festsetzungen 11 und 12 wie folgt ergänzt:

In 11: „Die Fläche GF1 ist mit einem Geh- und Fahrrecht für die Stadt Rüsselsheim am Main von Montag bis Sonntag von jeweils 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. ...“

In 12: „Die Flächen G2 und G3 sind mit einem Geh- und Radfahrrecht für der Stadt Rüsselsheim am Main von Montag bis Sonntag von jeweils 00.00 Uhr bis 24.00 Uhr zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. ...“

wird mit 38 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

TOP 28 Antrag der Fraktion UL vom 05.06.2020 - Öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 144 "Opel Forum Rüsselsheim - Motorworld"

Der Antrag wird zurückgezogen.

TOP 29 Antrag der Fraktion UL vom 15.05.2020 - Städtebaulicher Vertrag mit den Firmen RAB und RAC

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion UL vom 15.05.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion UL vom 15.05.2020:

Der Antrag der Fraktion UL:

„Aus umweltschutzrechtlichen Gründen, des Klima- und Gesundheitsschutzes sowie aller rechtlichen Gründe wird der Städtebauliche Vertrag mit den Firmen RAB und RAC betreffs Opel-Altwerk neu verhandelt. Die Auslegung wird aus oben genannten Gründen als nichtig erachtet.“

wird mit 40 Nein-Stimmen bei 3 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

TOP 30 Antrag auf Einrichtung einer Kita für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter am GPR
Bezug: Antrag Nr. 70 der WsR-Fraktion vom 15.10.2019
DS-Nr. 670/16-21

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 03.03.2020 vor.

Dieser Antragstext wurde in der Sitzung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses am 03.03.2020 in geänderter Form beschlossen.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR vom 03.03.2020 in geänderter Form auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses:

Der Antrag der Fraktion WsR:

„Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag Nr. 70 der WsR für nicht erledigt. Die Bearbeitung des Antrages Nr. 70 der WsR wird zurückgestellt, bis der Bedarf für Angebote mit flexiblen Öffnungszeiten im Sinne des Antrages vom 27.11.2016 abgeklärt ist. Die Schaffung eines zentralen Angebotes am Standort GPR Klinikum wird danach erneut geprüft.“

wird mit 21 Nein-Stimmen bei 18 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung **abgelehnt**.

Abstimmung über die DS 670/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 36 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass eine Umfrage des GPR Klinikums mit dem Ergebnis schließt, dass es keinen Bedarf an einer Betreuungseinrichtung mit erweiterten Öffnungszeiten für im Schichtdienst Beschäftigte gibt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass damit die Grundlage für die weiteren Prüfaufträge fehlt.
3. Zu Punkt f) des Antrags nimmt die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis, dass mangels Bedarf kein freier Träger derzeit erweiterte Öffnungszeiten für Schichtarbeiter*innen anbietet.
4. Zu Punkt g) nimmt die Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis, dass das Förderprogramm 2019 ausgelaufen ist und darüber hinaus im Rahmen des Bundesprogramms „KitaPlus“ keine Neugründung von Einrichtungen sowie neuer Betreuungsplätze gefördert wurden.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag Nr. 70 für erledigt.

TOP 31 Großer Frankfurter Bogen - Abschluss einer Partnerschaftvereinbarung
DS-Nr. 705/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 37 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

I. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass das Land Hessen mit dem „Großen Frankfurter Bogen“ eine Initiative zur Förderung von Wohnraum und sozialer Infrastruktur in 1.000 m Nahbereich von S-Bahnhaltepunkten mit weniger als 30 Minuten Fahrzeit zur Stadt Frankfurt gestartet hat.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass mit der Teilnahme der Stadt Rüsselsheim an der Initiative, diese bevorzugt bzw. mit erhöhten Förderquoten auf bestehende Förderprogramme zugreifen könnte, sofern die jeweiligen Fördervoraussetzungen und ausreichend Fördermittel zur Verfügung stehen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass für die Inanspruchnahme der Fördermittel die beigefügte Partnerschaftvereinbarung abzuschließen ist.

II. Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat die Partnerschaftvereinbarung (Anlage 1) mit dem Land Hessen abzuschließen.

TOP 32 Haushaltsplan 2020, Sperrvermerke hier: Aufhebung des Sperrvermerks beim Sachkonto 6161100 Vermieter- Bauunterhaltung, Wartungskosten Gebäude DS-Nr. 706/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

I. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass beim Sachkonto 6161100 Vermieter-Bauunterhaltung, Wartungskosten Gebäude bereits ca. 1,5 Mio. € verausgabt bzw. durch vertragliche Verpflichtungen gebunden sind und weitere vertragliche Verpflichtungen in Höhe von ca. 350.000 € in 2020 hinzukommen.

II. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Sperrvermerk beim Sachkonto 6161100 Vermieter-Bauunterhaltung, Wartungskosten Gebäude aufzuheben.

TOP 33 Antrag der Fraktion WsR vom 28.01.2020 - Ideenwettbewerb Opelflächen

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vom 28.01.2020 vor.
Dieser Antrag wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.

Stattdessen wird im Sitzungsverlauf ein gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt (s. Anlage).

Im Laufe der Diskussion einigt sich die Stadtverordnetenversammlung darauf, dass im Punkt 1 dieses gemeinsamen Antrages die Worte „bis zum 30.09.2020“ eingefügt werden.

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenversammlung zum „Ideenwettbewerb Opelflächen“:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig bei 3 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, *bis zum 30.09.2020* mit der Opel Automobile GmbH in einen Dialog über die künftige Flächenentwicklung (siehe Flächen unten) zu treten. Ziel ist

- ein gemeinsamer Ideenwettbewerb zur Generierung einer nachhaltigen städtebaulichen Neuentwicklung.
2. Sollte nach den ersten Gesprächen mit der Opel Automobile GmbH deutlich werden, dass keine Zusammenarbeit möglich ist, dann wird die Stadt Rüsselsheim das Verfahren alleine starten.
 3. Der Ideenwettbewerb soll in Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main und weiteren Hochschulen im Rhein-Main-Neckar-Gebiet durchgeführt und als Wettbewerb für Studierende ab dem 5. Fachsemester der Fachrichtungen: Städte- und Landschaftsbau, Architektur- und Bauingenieurwesen ausgeschrieben werden. Insgesamt werden 25.000 Euro Preisgeld vergeben.

TOP 34 Antrag des Herrn Stadtv. Adam-Frick vom 22.04.2020 - Sofortige Aufhebung / Widerruf des Beschlusses der StVV vom 24.03.2020 (TOP 21) "Delegation von Entscheidungen der StVV an den HuFA"

Es liegt der beigefügte Antrag des Herrn Stadtv. Adam-Frick vom 22.04.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag des Herrn Stadtv. Adam-Frick vom 22.04.2020:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 3 Stimmenthaltungen

„die sofortige Aufhebung / Widerruf des Beschlusses der StVV vom 24.03.2020 (TOP 21) „Delegation von Entscheidungen der StVV an den HuFA“.“

TOP 35 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 28.04.2020 - Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete aus den Lagern auf griechischen Inseln

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 28.04.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 28.04.2020:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

- „- *In Erwägung ihres Beschlusses „Sicherer Hafen Rüsselsheim“ vom 24.10.2019*
- *In Erwägung der katastrophalen Lage für die Menschen in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln*
- *In Erwägung der zusätzlichen Gefährdung der dort zusammengedrängt lebenden Menschen durch das Corona-Virus*
- *In Erwägung, dass bereits viele der im Bündnis sicherer Hafen zusammengeschlossenen 140 Städte und Gemeinden erneut explizit ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Flüchtlingslagern bekundet haben*
- *In Erwägung, dass unsere Solidarität für die Schwächsten und Gefährdeten am wichtigsten ist*
- *In Erwägung des Artikels 1 des Grundgesetzes*

beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim die Bereitschaft der Stadt, zehn unbegleitete Minderjährige und weiter zehn wegen Alter und/oder Gesundheitszustand besonders durch das Coronavirus gefährdete Menschen aufzunehmen.“

wird mit 22 Ja-Stimmen bei 19 Nein-Stimmen **beschlossen**.

TOP 36 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 - Love Family Park 2021

Es liegt der beigefügte überarbeitete Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 – Love Family Park – vor, der den Antrag vom 20.04.2020 ersetzt.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020:

- „1. *Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main nimmt umgehend mit dem Veranstalter des „Love Family Park“ Kontakt auf und signalisiert die Bereitschaft, unter Vorbehalt einer Untersagung durch eine übergeordnete Behörde die Veranstaltung „Love Family Park“ auch im Jahr 2021 zu genehmigen.*
2. *Der Stadtverordnetenversammlung wird noch im Jahr 2020 ein Sachstandsbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt.“*

wird mit 32 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Protokollnotiz:

Frau Stadtv. Boukayeo gibt zu Protokoll, das die SPD-Fraktion dem vorliegenden neuen Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 zustimmen wird, wenn Herr Oberbürgermeister Bausch erklärt, dass gegen diesen neuen Antrag keine rechtlichen Bedenken bestehen. Herr Oberbürgermeister Bausch bestätigt, dass inhaltlich keine rechtlichen Bedenken gegen den vg. Antrag der CDU-Fraktion bestehen.

TOP 37 Hessische Mainauen - Umwidmung von Flächen von Schutzzone I in Schutzzone II hier: Bericht Bezug: Antrag Nr. 56 der SPD-Fraktion vom 16.09.2019 zur Verweisung DS-Nr. 720/16-21

Zur DS 720/16-21 nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. und A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.1. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

TOP 38 Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2020 - Sommerschließzeit 2020 der Kindertagesstätten

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion vom 08.05.2020 liegt eine überarbeitete Version vom 24.06.2020 vor, welche den Antrag vom 08.05.2020 ersetzt.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2020 (überarbeitete Version):

Der Antrag der CDU-Fraktion:

- „1. *Aufgrund der vorliegenden Daten und Ergebnisse der durch den Magistrat erfolgten Befragung der Eltern zum Betreuungsbedarf und des Personals zur Arbeitsbereitschaft während der nach der Kita Satzung vorgesehenen Schließzeit in den hessischen Sommerferien, wird über die benötigte Notbetreuung hinaus aufgrund der möglichen Kapazitäten der Kindertagesstätten eine Betreuung auch für Kinder nicht berufstätiger Eltern angeboten, die Interesse bekunden.*

2. *Der Magistrat wird beauftragt, einen Betreuungsplan zu erarbeiten. Der Plan soll dabei unter folgenden Gesichtspunkten aufgestellt werden:*

- *Elternbefragung zum Betreuungsbedarf über den Notbedarf hinaus*
- *Personalabfragung zur Arbeitsbereitschaft*
- *Priorisierung der Bedarfe, bei verbleibenden Betreuungsplätzen wird nach Interesse und Bedarf belegt*
- *Es soll geprüft werden, inwieweit mehrere Einrichtungen geöffnet werden können, damit die den Eltern zuzumutende Erreichbarkeit gewährleistet ist (auch mit dem ÖPNV).“*

wird mit 25 Nein-Stimmen bei 17 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

TOP 39 Antrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2020 - Verkehrs- und Sicherheitskonzept im öffentlichen Straßenverkehr für den Bereich Landungsplatz, Mainstraße, Schäfergasse, Faulbruchstraße und Dammgasse

Es liegt der beigefügte überarbeitete Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 vor. Dieser ersetzt den Antrag vom 17.05.2020.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 09.06.2020 – Verkehrs- und Sicherheitskonzept im öffentlichen Straßenverkehr für den Bereich: Landungsplatz, Mainstraße, Schäfergasse, Faulbruchstraße und Dammgasse:

Der Antrag der CDU-Fraktion:

„Der Magistrat wird beauftragt, Maßnahmen für den öffentlichen Straßenverkehr des oben genannten Bereichs zu prüfen.

Die Prüfung wird unter der Zielsetzung einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung werden u. a. folgende Kriterien berücksichtigt:

1. *Welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen sind in diesem Bereich möglich?*
2. *Welche flächenmäßigen Maßnahmen können in diesem Bereich geschaffen werden?*
3. *Welche weiteren baulichen Maßnahmen sind zur Umsetzung möglich?*
4. *Welche weiteren Befugnisse stehen dem Magistrat als Ordnungsbehörde für die Durchsetzung der Maßnahmen zur Verfügung? (wie beispielsweise fest installierte Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte, Präsenzstreifen und Verkehrskontrollen der Stadtpolizei).*

Der Stadtverordnetenversammlung wird quartalsweise ein Zwischenbericht zum Bearbeitungsstatus vorgelegt.“

wird einstimmig bei 3 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

TOP 40 Antrag der Fraktion FW/FNR vom 22.05.2020 - Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke hier: Außenbestuhlung bis einschl. 30.10.2020

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion FW/FNR vom 22.05.2020 vor.

Die Antrag stellende Fraktion teilt mit, dass Pkt. 3 des Antrages gestrichen wird.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion FW/FNR vom 22.05.2020 in geänderter Form:

Der Antrag der Fraktion FW/FNR:

„Die Fraktion FW/FNR beantragt wie folgt:

1. Die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke, hier: Außenbestuhlung bis einschließlich 30.10.2020.
2. Dort wo es umsetzbar ist, also unter Berücksichtigung von Fluchtwegen usw., die Außenflächen zur Nutzung durch die Gastronomie vergrößern.“

wird einstimmig **beschlossen**.

TOP 41 Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 22.05.2020 - Ausstattung für "Homeschooling"

Es liegen folgende Anträge vor, die in der Anlage beigefügt sind:

- Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität „Homeschooling“ vom 22.05.2020. **Dieser Antrag wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**
- Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.06.2020 zum Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 22.05.2020. **Der Ergänzungsantrag wird von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenversammlung zum Thema „Homeschooling“, der in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2020 eingereicht wird.
- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 25.06.2020 zu dem gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 25.06.2020 zu dem gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenversammlung zum Thema „Homeschooling“ vom 25.06.2020:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„In Punkt 5 wird der zweite Satz („Eine Finanzierung hierfür muss jedoch zu 100 % durch das Land Hessen erfolgen.“) ersetzt durch:

„Auch dafür sind Fördermittel von Bund und Land in höchstmöglichem Umfang zu beantragen.“

wird mit 30 Nein-Stimmen bei 4 Ja-Stimmen und 8 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2020 zum Thema „Homeschooling“:

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenversammlung:

„1.) Der Magistrat wird beauftragt, die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel zur Anschaffung von digitalen Endgeräten zur Ausleihe an Schüler*innen und für den schulischen IT Support im vollen Umfang in Anspruch zu nehmen.

2.) Der Bedarf der Schüler*innen für digitale Endgeräte (z.B. Tablets für Grundschulen/Laptops ab der Sek. I) ist über die Schulen bis zu Beginn der hessischen Sommerferien abzufragen.

3.) Die digitalen Endgeräte werden auf Grundlage der Bedarfsermittlung angeschafft. Alle Schüler*innen, die die Berechtigungsvoraussetzung gemäß des Gesetzes zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur an hessischen Schulen (Corona-Kommunalpaket-Gesetz) erfüllen, stellt der Schulträger Rüsselsheim digitale Endgeräte für das Homeschooling als Leihgeräte zur Verfügung. Die Ausgabe der Leihgeräte an Schüler*innen soll möglichst unbürokratisch erfolgen.

4.) Der Magistrat wird beauftragt zu ermitteln, ob über diesen Personenkreis hinaus vor dem Hintergrund der Coronakrise weiterer Bedarf an Leihgeräten besteht.

5.) Bei Bedarf werden für Lehrkräfte ebenfalls Leihgeräte zur Verfügung gestellt. Eine Finanzierung hierfür muss jedoch zu 100 % durch das Land Hessen erfolgen.

6.) Das Medienzentrum wird beauftragt, ein Angebot für technische Schulung im Umgang mit den digitalen Endgeräten für alle Bildungsarbeiter*innen anzubieten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Erarbeitung eines Verleihkonzeptes für digitale Endgeräte über das Medienzentrum sinnvoll ist.

wird einstimmig bei 5 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

TOP 42 Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2020 - Mobile Gastronomie im Vernapark

Es liegt der beigefügte Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2020 vor.

Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2020:

Der Antrag der SPD-Fraktion:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für die Fläche zwischen Mühle und Musikpavillon im Vernapark einen Standplatz zum Betrieb einer mobilen Gastronomie (analog dem Kaffeemobil auf dem Wochenmarkt) ausschreibt.“

wird mit 35 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen **beschlossen**.

TOP 43 Anfragen und Mitteilungen

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes moniert, dass es nicht angehe, als Klimakommune hier im Sitzungssaal der Stadthalle aus Plastikbechern zu trinken.

Herr Stadtrat Kraft erstattet zum Sachstand Klimaschutzmanagement mündlich einen Bericht. Dieser ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Herr Stadtv. Kleinböhl mahnt die Beantwortung des Antrages der SPD-Fraktion vom Herbst 2016 zu einem Pflegekonzept für die Grünanlagen an.

Weiterhin fragt er nach dem Sachstand der Grünanlagen um die Opelvillen, zu dem es ebenfalls einen verabschiedeten Antrag gibt.

Herr Stadtrat Kraft antwortet, dass es derzeit einen mit dem Städtesservice AöR abgestimmten

inhaltlichen Katalog für ein Pflegekonzept gibt. Die Finanzierung müsse noch abschließend geklärt werden. Er bietet an, jeder Fraktion ein unbepreistes Exemplar zur Verfügung zu stellen.

Zu der Grünplanung um die Opelvillen teilt Herr Stadtrat Kraft mit, das bezüglich des Brunnens Klärung mit der Regionalpark Südwest GmbH erfolgt ist. Der Magistrat wird mit einer Entwurfsplanung für das gesamte Umfeld auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen, auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.

Herr Stadtv. Walczuch erklärt, es ist eine gute Lösung, dass „Kultur im Sommer“ stattfindet. Jedoch finden in dem Paket die Gastronomen keine Berücksichtigung, die durch die Corona-Krise große Einbußen erlitten haben. Er appelliert, diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Herr Stadtv. Walczuch fragt nach dem Sachstand hinsichtlich des Einsatzes der Stadtpolizei bis 24.00 Uhr, da sich die Leute auf Grund der sommerlichen Temperaturen vermehrt draußen treffen.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass derzeit lediglich 10 Personen im Bereich der Stadtpolizei arbeiten so dass tägliche nächtliche Einsätze nicht möglich sind. Diese erfolgen teilweise in Abstimmung mit der Landespolizei.

Frau Stadtv. Kropp erinnert an die Anträge zur Innenstadtwaache. Hierzu gab es bisher keine Antworten des Magistrates. Weiterhin ist das Thema „Videoüberwachung“ wieder aktuell. Frau Stadtv. Kropp schlägt Änderung der Dienstzeiten der Stadtpolizei vor, so dass auch nächtliche Einsätze möglich sind. Auch die Ausrüstung der Stadtpolizei sei zu überprüfen (Bodycams etc.).

Sie teilt weiterhin mit, dass das Dienstgebäude Palais Verna brandschutzrechtlich bedenklich ist. Die CDU-Fraktion wird die Fraktionen bzgl. des genannten Themenkomplexes zu einem Gespräch einladen.

Herr Stadtrat Kraft antwortet, dass es einen Grundsatzbeschluss zur Anmietung von Flächen für die Verwaltung gibt. Dies seien die Ersatzflächen für das Dienstgebäude Palais Verna.

Herr Stadtv. Michael Flörsheimer teilt mit, dass die Fraktion UL zu dem Themenkomplex des städtebaulichen Vertrages die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses beantragen wird.

Frau Stadtv. Boukayeo mahnt nachdrücklich die Beantwortung eines Antrags der SPD-Fraktion vom November 2016 zu dem Thema „Sicherheit und Ordnung“ in der Rüsselsheimer Innenstadt an. Hierzu gibt es bis heute keine Drucksache, lediglich einen Zwischenbericht.

Weiterhin steht noch die Beantwortung eines Antrages vom Mai 2019 zur Einrichtung zusätzlicher Polizeistreifen nach der Schießerei in der Innenstadt aus.

Es wird erwartet, dass diese Anträge schnellstens beantwortet werden und der Magistrat handelt, so Frau Stadtv. Boukayeo.

Sie fragt des Weiteren, wann der Präventionsrat tagt bzw. wann er getagt hat.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass er bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung detailliert berichten wird, was der Fachbereich Sicherheit und Ordnung leistet, welche Stellen zwischenzeitlich besetzt wurden etc. Dies wird in der nächsten Magistratssitzung thematisiert.

Frau Stadtv. Boukyeo fragt nach, wann die beantragten Maßnahmen umgesetzt werden und wann es eine Vorlage mit konkreten Punkten gibt.

Herr Oberbürgermeister Bausch sagt einen Bericht nach der Sommerpause zu.

Es wurden alle Maßnahmen des Kreisgesundheitsamtes umgesetzt. Insgesamt wurden dem Kreisgesundheitsamt 194 Ordnungswidrigkeiten aus Rüsselsheim gemeldet.

Die Hotspots für Aufenthaltsverbote wurden abends kontrolliert, dies hat Personal gebunden. Insgesamt wurde getan was im Rahmen der personellen Besetzung möglich war.

Frau Stadtv. Boukayeo teilt mit, dass keine Kritik am Fachbereich geübt wird. Jedoch liegen die genannten Anträge dem Magistrat schon sehr lange vor und wurden bis heute nicht beantwortet.



CDU

Fraktion
Rüsselsheim



SPD

Freie FDP
Demokraten
FDP RÜSSELSHEIM



WSR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

Unabhängige Liste - UL
ökologisch · sozial · basisdemokratisch

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim am Main, 16. April 2020

Änderungsantrag zur DS 640/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

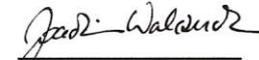
Der Beschlussvorschlag wird um die drei nachfolgenden Punkte ergänzt:

- 1) Der Magistrat wird dazu aufgefordert, bis zum September 2020 eine Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen zu erarbeiten.
- 2) Weiterhin wird der Magistrat aufgefordert, schnellstmöglich eine Schätzung der Investitions- und Folgekosten für die Maßnahmen vorzulegen.
- 3) Die Ergebnisse aus Punkt 1) und 2) sollen in einem groben Projektplan münden, der sowohl die zukünftigen Investitionen bis 2030 als auch die mittelfristig geplanten Instandhaltungsmaßnahmen in allen Rüsselsheimer Schulen berücksichtigt. Dieser Plan soll weitergeführt, aktualisiert und konkretisiert werden, je näher die Realisierung der Maßnahmen bevorsteht.
- 4) In Teil I (Beschluss) der DS wird Punkt 14 (Erweiterung Büchnerschule) am Ende ergänzt um:
„Der Stadtverordnetenversammlung wird hierzu eine gesonderte Vorlage zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.“

Begründung: Erfolgt mündlich.


CDU

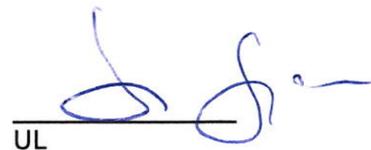

SPD


WSR


B90/Die Grünen


FDP


Linke/Liste Solid.


UL

EINGEGANGEN

03. MRZ. 2020

Büro Stadtv.versammlung

DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Marktplatz 4
FON 06142/1624998
MAIL Fraktion@liste-solidaritaet.de
INTERNET www.linke-liste-solidaritaet.de
Fraktionsvorsitzender
K.-H. Schneckenberger
Rathausstr.4
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 2.3.2020

An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
z.H. Fr. Breunig

Änderungsantrag zur DS 640 – Schulentwicklungsplan-Beschluss 17.

Die Gerhart-Hauptmann-Schule wird nicht 7-zügig konzipiert, sondern bleibt auch zukünftig, wie von der Schulgemeinde beschlossen, eine fünfzügige Integrierte Gesamtschule.

Begründung:

Eine 7-zügige Schule hätte zwischen 1000 und 1200 SchülerInnen. Dies ist in Anbetracht der von Gesamtschulen zu leistenden Aufgaben nicht sinnvoll. Die GHS wurde auf 5-Zügigkeit ausgerichtet und entsprechende Konzept- und Raumplanungen bereits im Kollegium vorgenommen.

Die Idee, den teilweise sanierten Verwaltungstrakt zu erhalten, wäre dann nicht mehr zu realisieren. Es müsste eine vollkommen neue Großschule entstehen, mit einer völlig neuen Erschließung. Die Lärmbelastung der dicht bebauten, angrenzenden Wohngebiete würde zudem extrem steigen.

Sollten Kapazitäten im Bereich der Sekundarstufe I fehlen, sind diese durch den Bau einer neuen Schule im Neubaugebiet Eselswiese zu schaffen.

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT



K.-H. Schneckenberger

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

EINGEGANGEN

11.04.2020

14. MRZ. 2020

Büro Stadtv.versammlung

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

**Änderungsantrag zur DS 640/16-21 Schulentwicklungsplan
Behandlung in KSSpA, HuFA und der StVV (bzw. wegen Delegation nur im
HuFA)**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim beschließt:

Nach Punkt 20 wird in Teil I eingefügt:

21. dass für die nähere Zukunft die Borngrabenschule (im Entwurf von Gebit heißt es "In den kommenden 5 Jahren wird die Borngrabenschule weiterhin als Förderschulstandort benötigt.") an ihrem bisherigen Standort erhalten und saniert wird. Planung und Durchführung der Sanierung erhalten Priorität und werden sofort in die Wege geleitet.

Begründung:

Das Gebäude der Borngrabenschule ist dringend sanierungsbedürftig und liegt auf einem sehr attraktiven Gelände in der Nähe der Horlache. Schon mehrmals sind Begehrlichkeiten entstanden, dieses Gelände anderer Nutzung zuzuführen und die Borngrabenschule zu schließen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Borngrabenschule besuchen, ist aber keineswegs stetig gesunken, die Mittelstufe ist zurzeit konstant und die Berufsorientierungsstufe ist wieder 3-zügig. Pläne für Schulschließungen haben sich in der Vergangenheit nicht bewährt (siehe Eichgrundschule), darum ist sich „Die Linke/Liste Solidarität“ mit der Schulgemeinde der Borngrabenschule einig und lehnt aktuell eine Schließung ab, insbesondere solange eine echte inklusive Beschulung an den Regelschulen aufgrund mangelhafter räumlicher, sächlicher und personeller Ausstattung nicht gewährleistet ist.

Grundsätzlich bekennt sich die „Die Linke/Liste Solidarität“ zur Inklusion und erwartet vom Schulträger Rüsselsheim deren qualitative Weiterentwicklung. Die personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für eine gelingende Inklusion bleiben aktuell aber weit hinter den Erfordernissen zurück. Vor diesem Hintergrund entscheiden sich Eltern für die Borngrabenschule als Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Die Schule hat in ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Schulentwicklungsplan den bestehenden Sanierungsbedarf konkret beschrieben. Ihren Vorschlägen sollte Folge geleistet werden.

Anmerkung: Die in unserem Antrag vom 3.2.2020 angeführten Punkte (Priorisierung & Kostenschätzung) würden die Nummern 22 & 23 erhalten.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Heinz-Jürgen Krug

An
das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 26.05.2020



Änderungsantrag zur DS 715
Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, Verhandlungen mit dem Kreis Groß-Gerau aufzunehmen mit dem Ziel, an einem sicheren Standort ein Frauenhaus mit 6 – 8 Familienzimmern im Nordkreis außerhalb Rüsselsheims einzurichten. Ein barrierefreier Zugang ist zu ermöglichen. Die Entscheidung über die Aufnahme von Jungen über 14 Jahre liegt im Ermessen der dort tätigen Fachkräfte.

2. Bleibt unverändert.

3. Bleibt unverändert.

Begründung:

Die Einrichtung eines weiteren Frauenhauses im Nordkreis ist seit langem überfällig. Da ein Großteil der Zuflucht suchenden Frauen aus Rüsselsheim stammt, ist es nur folgerichtig, dass die Stadt hier verstärkt Verantwortung übernimmt. Um die Sicherheit der Frauen zu erhöhen ist allerdings ein größerer räumlicher Abstand zu ihrer bisherigen Wohnsituation unabdingbar. Deshalb halten wir es für sinnvoll, dieses in einer unserer Nachbarkommunen anzusiedeln.

Die vorgeschlagene generelle Aufnahme von Jungen über 14 Jahren halten wir für problematisch. Dies kann je nach Entwicklungsstand und Verhalten der Jungen sinnvoll sein, um einen gewissen Familienverbund zu erhalten. Dennoch bedeutet die Anwesenheit von jungen männlichen Erwachsenen auch immer eine zusätzliche psychische Belastung für die anderen im Haus anwesenden teils schwertraumatisierten Frauen. Wir würden die Aufnahme dieses Personenkreises deshalb gerne in das Ermessen der dort tätigen Fachkräfte stellen und nicht pauschal vorschreiben.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim



Für die **städt. Kitas und die Kindertagespflege** entstehen in der Zeit vom 16.3. bis 31.5.2020 Mindereinnahmen bei den Betreuungsgebühren in Höhe von rund **130.000 Euro netto**, d. h. unter Berücksichtigung nicht gewährter Zuschüsse

	Gesamt	Anteil Kindertagespflege	Anteil Kita - U3	Anteil Kita - Hort
Betreuungsgebühr				
davon Kostenübernahme durch die Stadt im Rahmen der Zuschussgewährung	146.098,25 €	41.794,30 €	69.728,95 €	34.575,00 €
Beitragsreduzierung durch den Landeszuschuss zur Beitragsfreistellung U3 Kinder in U3 Einrichtung	13.110,83 €	8.349,10 €	4.686,73 €	75,00 €
Ertragsminderung durch Wegfall der Gebühren, netto	130.428,68 €	33.445,20 €	62.483,48 €	34.500,00 €

Für die Notbetreuung wären rund 16.600 Euro Gebühren bei Berechnung des vollen bzw. halben (März)Monatsbeitrags netto fällig gewesen. Die Kinder sind jedoch nur einzelne Tage monatlich gekommen.

	Gesamt	Anteil Kindertagespflege	Anteil Kita - U3	Anteil Kita - Hort
Betreuungsgebühr				
davon Kostenübernahme durch die Stadt im Rahmen der Zuschussgewährung	18.361,53 €	5.614,40 €	10.159,63 €	2.587,50 €
Verzicht auf Gebühren Notbetreuung	16.601,25 €	5.145,00 €	8.868,75 €	2.587,50 €

In den städtischen **Betreuungsschulen** gab es vom 16.3. bis 31.5. kein Angebot, dadurch werden die Erträge um rund **50.000 Euro netto** gemindert.

Die **Zuschüsse für die freien und konfessionellen Träger** werden sich geschätzt um **125.000 Euro** durch nicht erhobene Gebühren erhöhen.

22.06.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Änderungsantrag zu DS 726/16-21 (städtebaulicher Vertrag zu B-Plan 144)

- 1) Im Wortlaut (in Abschnitt „C. Lösungsvorschlag“) des Abschnitts § 5.6, der in den städtebaulichen Vertrag mit der Motorworld (RAB und RCD GmbH & Co. KG) eingefügt werden soll, werden die drei letzten Worte „oder erfolgen wird“ gestrichen.
- 2) Der bisherige Abschnitt „A. Ziel und Ausgangslage“ wird gestrichen.

Begründung:

Zu 1) Mit den zitierten drei Worten würde die jetzige Mehrheit der jetzigen Stadtverordnetenversammlung alle zukünftig unter anderen Umständen und mit anderen Mehrheiten handelnden Stadtverordnetenversammlungen darin hindern, eine gesetzlich vorgesehene Möglichkeit (Umwidmung zur „Straße für den öffentlichen Verkehr“ gemäß § 4 HStrG) wahrzunehmen. Dies wäre undemokratisch.

Zu 2) Die Aussagen in diesem Abschnitt sind unpräzise bzw. unplausibel. Der abgelehnte Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität hätte nicht zwingend zu einer Übertragung der „privaten Wegeflächen mit Geh- und Fahrtrechten ...“ an die Stadt geführt. Wie in unserer mündlichen Begründung klar dargestellt, hätte „das Anrecht der Stadtverordnetenversammlung/Stadtverwaltung, Verkehrsregelungen (verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen Tempo 30 Zone usw.) festzulegen sowie das Ordnungsrecht auszuüben“ (so im Text des Antrags) auch mittels entsprechender Formulierungen im städtebaulichen Vertrag gewährleistet werden können.

Da es für den Eigentümer keine Möglichkeit gibt, der Stadt gegen ihren Willen die privaten Wegeflächen aufzuzwingen („auf anderem Wege zu veranlassen“), ist die angegebene Begründung nicht plausibel. Was bei unveränderter Formulierung allein bliebe, wäre die undemokratische Fesselung künftiger Stadtverordnetenversammlungen (siehe Begründung zu 1).

Angesichts der eindeutigen Formulierungen in den Abschnitten § 5.2 und 5.3 über die Kostentragung durch den jeweiligen Eigentümer und der Unmöglichkeit, dass ein solcher Eigentümer der Stadt das Eigentum gegen ihren Willen aufzwingen kann, erscheint auch die Begründung für die nachträgliche Einfügung von § 5.7 unplausibel.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



H.-Jürgen Krug

Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

23.06.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Ergänzungsantrag zum Antrag vom 15.5.2020 (Ausgelegte Dokumente des B-Plan 144)

In den Anlagen 2 (Plan mit textlichen Festsetzungen) und 3 (Begründung) werden die textlichen Festsetzungen 11 und 12 wie folgt **ergänzt**:

In 11: „Die Fläche GF1 ist mit einem Geh- und Fahrrecht **für die Stadt Rüsselsheim am Main - dinglich im Grundbuch zu sichern sowie als Baulast nach § 85 HessBO einzutragen - von Montag bis Sonntag von jeweils 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr** zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. ... “

In 12: „Die Flächen G2 und G3 sind mit einem Geh- und Radfahrrecht **für die Stadt Rüsselsheim am Main - dinglich im Grundbuch zu sichern sowie als Baulast nach § 85 HessBO einzutragen - von Montag bis Sonntag von jeweils 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr** zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. ... “

Begründung:

Durch diese Ergänzungen wird die Stadt unabhängig vom städtebaulichen Vertrag mit dem momentanen Eigentümer ein zur potentiell notwendigen juristischen Durchsetzung der Wegerechte zugunsten der Allgemeinheit fähiger Akteur. Ansonsten wäre dies nur durch die analoge Formulierung im städtebaulichen Vertrag abgesichert. Dessen Verpflichtungen sollten zwar gemäß §10.1 des Vertrags von der „Investorin ... ihren jeweiligen Rechtnachfolgern im nach diesem Vertrag betroffenen Grundstückseigentum verbunden mit der Verpflichtung“ weitergegeben werden, „dass diese ihren jeweiligen Rechtnachfolgern die gleiche Verpflichtung auferlegen.“ Da aber bei solchen Übergängen erfahrungsgemäß Ungenauigkeiten und Nachlässigkeiten geschehen können, ist eine Absicherung der Rechte der Stadt im Grundbuch und im Baulastenverzeichnis sinnvoll. Dies sollte zur Sicherheit transparent im Bebauungsplan geregelt werden.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

15.05.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag zu den ausgelegten Dokumenten des B-Plans 144

In den Anlagen 2 (Planzeichnung), 3 (Begründung) und 5 (Städtebaulicher Vertrag = StbV) sind folgende Änderungen zur Erfüllung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 13.2.2020 zur DS 635 vorzunehmen:

1a) In Anlage 2 ist die Brücke zwischen A8 und B19 durch Baulinien (rot) statt durch Baugrenzen (blau) zu kennzeichnen. (siehe im Beschlussblatt den beschlossenen Text des Antrags 2d von Die Linke/Liste Solidarität).

1b) In Anlage 3 ist der Text im Abschnitt 3.2.3 zur Brücke A8/B19 durch den in der StVV beschlossenen Text zu ersetzen (siehe im Beschlussblatt den beschlossenen Text des Antrags 2c von Die Linke/Liste Solidarität).

2) In Anlage 5 sind die Paragraphen 5.6 und 5.7 zu entfernen. Sie waren in der der StVV zur Abstimmung vorliegenden Fassung nicht vorhanden und können daher auch nicht Bestandteil der von der StVV beschlossenen Auslegung sein.

Begründung:

Beschlüsse der StVV sind umzusetzen! Sie dürfen nicht durch Absprachen zwischen der Verwaltung und potentiellen Investoren verwässert oder verfälscht werden.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Heinz-Jürgen Krug

Unabhängige Liste - UL

ökologisch - sozial - basisdemokratisch

Antrag zur Beschlussfassung im Haupt-und Finanzausschuss am 16.06.2020 und der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2020

Beschluss

Die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr.144 „Opel Forum Rüsselsheim – Motorworld“ inklusiver aller Anlagen, insbesondere Anlage 5, wird nach Behandlung in den Fachausschüssen erneut in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Begründung

Durch die rechtswidrige Hinzufügung der Absätze 5.6 und 5.7 in Anlage 5 in die von der Stadtverordnetenversammlung am 13.02.2020 explizit zur öffentlichen Auslegung beschlossene Fassung des Städtebaulichen Vertrags wurde die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans 144 „Opel Forum Rüsselsheim – Motorworld“, dessen Anlage 5 integraler Teil des Bebauungsplans ist und der in seiner Gesamtheit so zur Auslegung beschlossen wurde, nichtig.

Es muss daher erneut der Inhalt des Bebauungsplans 144 „Opel Forum Rüsselsheim – Motorworld“ in den Fachausschüssen behandelt und die öffentliche Auslegung in einer folgenden Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Fraktion Unabhängige Liste – UL



Michael Flörsheimer
Fraktionsvorsitzender

Unabhängige Liste - UL

ökologisch - sozial - basisdemokratisch

Antrag zu Behandlung in den anstehenden Ausschüssen und der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2020:

Aus umweltschutzrechtlichen Gründen, des Klima- und Gesundheitsschutzes sowie aller rechtlichen Gründe wird der Städtebauliche Vertrag mit den Firmen RAB und RAC betreffs Opel-Altwerk neu verhandelt. Die Auslegung wird aus oben genannten Gründen als nichtig erachtet.

Begründung:

Die Corona-Pandemie nötigt uns, viele Dinge neu zu überdenken. Vor allem Klima- und Gesundheitsschutz spielen dabei eine zentrale Rolle. Auch wir als Kommune können und müssen dazu unseren Beitrag leisten. Das heißt neben allen Maßnahmen, Belastungen zu verringern auch ganz wesentlich, neue Belastungen zu verhindern. An zentraler Stelle steht dabei der Verkehr. Luftverschmutzung und Atemwegserkrankungen stehen nachweislich in einem Zusammenhang. Einer der wesentlichen Ursachen dafür sind Emissionen durch von Verbrennungsmotoren betriebenen Fahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Diese zu verringern ist Aufgabe der Kommune, sie zu vergrößern unverantwortlich.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss die Stadt in der Lage sein durch hoheitliche Eingriffe lenkend in das Verkehrsgeschehen eingreifen zu können. Das tut sie mit jeder Ampelschaltung und jeder Einbahnstraßenregelung, mit dem Ausweisen von „Elternhaltestellen“ und der Einführung von verkehrsberuhigten Zonen – bis hin zu Durchfahrtsverboten, wenn dies erforderlich ist. Die Stadt bestimmt über alle öffentlichen Wege und Straßen in allen Stadtteilen, hier kann und darf es keine Ausnahmen geben. Ein Stadtteil ist ein Stadtteil: der Umfang eines Gebiets und seine Nutzung entscheidet und nicht wem die jeweiligen Gebäude gehören, die an den Straßen und Wegen liegen.

Die Straßen und Wege im Bereich des Stadtteils „Opel-Altwerk“ haben daher in städtischen Besitz überführt zu werden. Der Städtebauliche Vertrag ist neu zu verhandeln.

Im Übrigen machen wir alle Rechte geltend, die gegenüber dem ausliegenden Vertragsentwurf in Anschlag gebracht werden können.

Für die Fraktion Unabhängige Liste – UL , 15.05.2020



Michael Flörsheimer, Fraktionsvorsitzender



WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, den 03.03.2020

Antrag zur DS 670/16-21

Antrag auf Einrichtung einer Kita für Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter am GPR Bezug: Antrag Nr. 70 der WsR-Fraktion vom 15.10.2019

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag Nr. 70 der WsR sowie den Antrag von SPD, WSR und Grünen vom 27.11.2016 für nicht erledigt.

Die Bearbeitung des Antrages Nr. 70 der WsR wird zurückgestellt, bis der Bedarf für Angebote mit flexiblen Öffnungszeiten im Sinne des Antrages vom 27.11.2016 abgeklärt ist. Die Schaffung eines zentralen Angebotes am Standort GPR Klinikum wird danach erneut geprüft.

Begründung:

Punkte 2 der Kenntnisnahme ist gegenstandslos, da die Abfrage eines Bedarfes bei allen Kitanutzern, wie im Antrag beschlossen, nicht erfolgt ist. Ferner ist auch Punkt 3 der Kenntnisnahme gegenstandslos, da ohne Abfrage des Bedarfes ein angeblich nicht vorhandener Bedarf behauptet wird.

Bereits am 27.11.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag von SPD, WsR und Grünen die Prüfung eines Angebotes mit flexibleren Öffnungszeiten beschlossen. Im damaligen Text der Begründung heißt es:

„Zielsetzung ist eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Viele Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer arbeiten in Branchen in denen in Schicht gearbeitet wird. Darüber hinaus sind auch Alleinerziehende häufig darauf angewiesen über die bisherigen Kernzeiten hinaus ihre Kinder in Betreuung zu wissen. Deshalb soll evaluiert werden, inwieweit auf die neuen Anforderungen eingegangen werden kann, ob die Nachfrage tatsächlich besteht und welche zusätzlichen Kosten durch die Ausweitung der Öffnungszeiten von Kitas ggf. entstehen.“

Eine entsprechende Evaluierung hat auch vier Jahre nach dem Beschluss des Antrages immer noch nicht stattgefunden.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

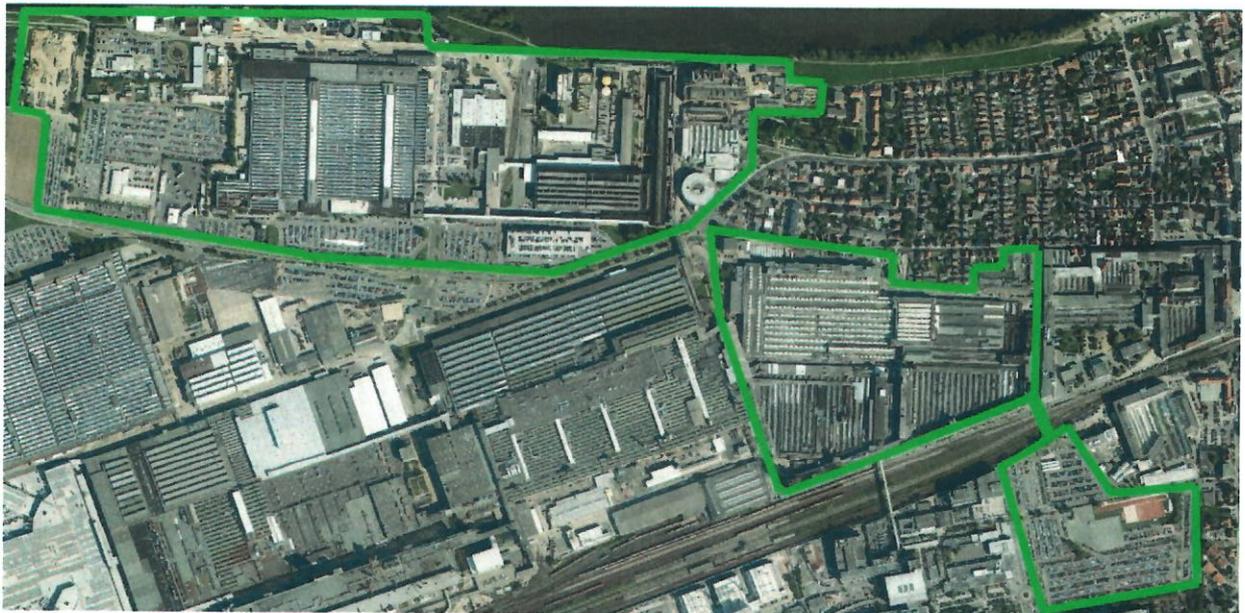


Änderungsantrag

Antrag Ideenwettbewerb Opelflächen

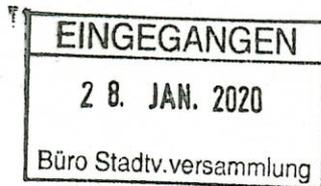
Rüsselsheim, den 25.06.2020

1. Der Magistrat wird aufgefordert, mit der Opel Automobile GmbH in einen Dialog über die künftige Flächenentwicklung (siehe Flächen unten) zu treten. Ziel ist ein gemeinsamer Ideenwettbewerb zur Generierung einer nachhaltigen städtebaulichen Neuentwicklung.
2. Sollte nach den ersten Gesprächen mit der Opel Automobile GmbH deutlich werden, dass keine Zusammenarbeit möglich ist, dann wird die Stadt Rüsselsheim das Verfahren alleine starten.
3. Der Ideenwettbewerb soll in Kooperation mit der Hochschule Rhein-Main und weiteren Hochschulen im Rhein-Main-Neckar-Gebiet durchgeführt und als Wettbewerb für Studierende ab dem 5. Fachsemester der Fachrichtungen: Städte- und Landschaftsbau, Architektur- und Bauingenieurwesen ausgeschrieben. Insgesamt werden 25.000 Euro Preisgeld vergeben.



Begründung

Der städtebauliche Impuls auf der Gemarkung der Stadt Rüsselsheim ist gemeinsam mit der Eigentümerin durchzuführen. Aus einer gemeinsamen Planung entsteht ein Mehrwert sowohl für die ansässigen Unternehmen, als auch für die Stadt Rüsselsheim und deren Einwohnerinnen und Einwohner. Im Fokus liegen die Entwicklung künftiger Gewerbeflächen, aber auch innerstädtischer Flächen, die zum Wohnen genutzt werden können. Ein Ideenwettbewerb soll in Kooperation mit Hochschulen erfolgen. In einem weiteren Schritt kann sich ein Bebauungsplan und eine gemeinsame Vermarktungsstrategie empfehlen.



WSR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

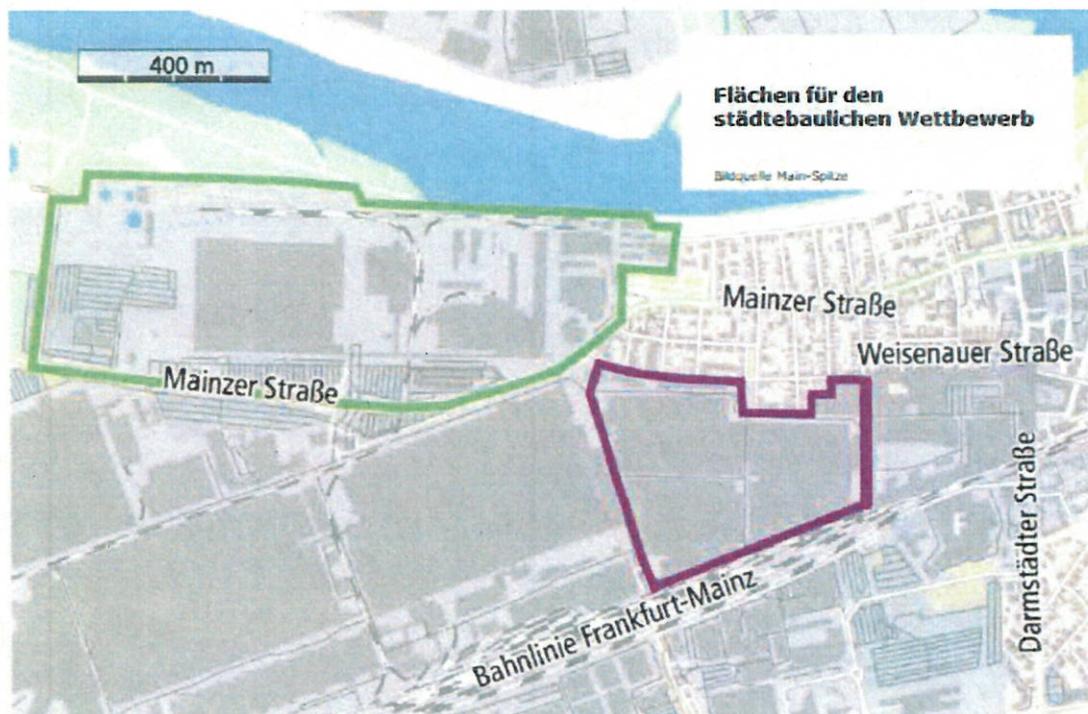
Rüsselsheim am Main, den 28.01.2020

Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur sofortigen Beschlussfassung in der Sitzung am 13.02.2020

Antrag Ideenwettbewerb Opelflächen

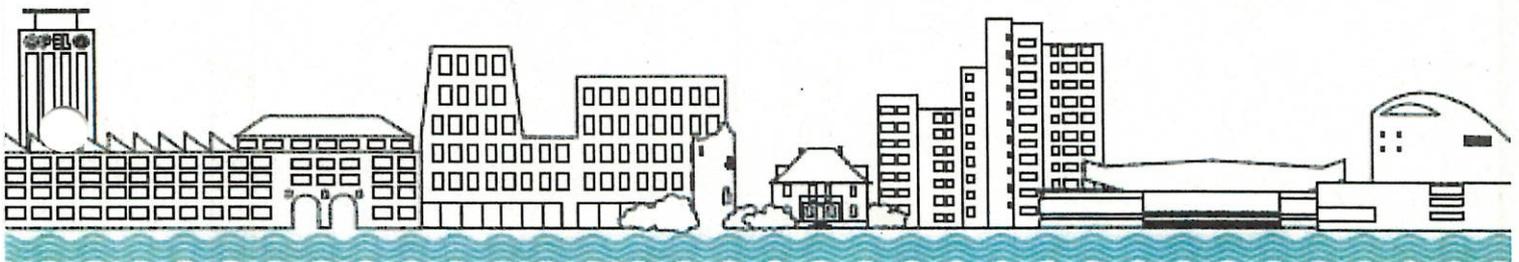
Beschluss:

Der Magistrat legt eine städtebauliche Gesamtplanung für die in der Skizze dargestellten Flächen vor. Diese Gesamtplanung ist durch einen städtebaulichen Wettbewerb zu erstellen, um Ideen für eine großflächige städtebauliche Neuentwicklung zu generieren.



Begründung:

Die Vorgänge um die Ansiedlung des IKEA Logistikzentrums haben gezeigt, dass

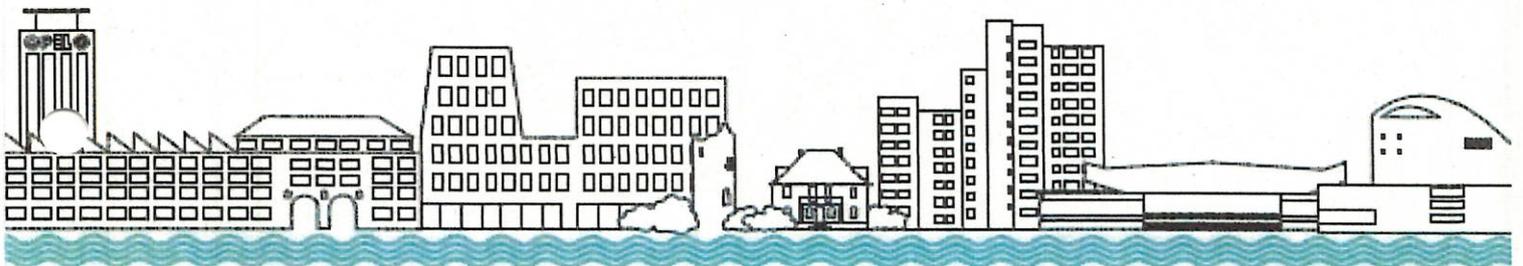


die Stadt Rüsselsheim dringend eigene Vorstellungen für die Entwicklung der zukünftig freiwerdenden Opelflächen entwickeln muss. Die Stadt Rüsselsheim muss schon im Vorfeld der Firma Opel und möglichen Investoren deutlich machen können, was ihrerseits auf den zur Verfügung stehenden Flächen erwünscht und rechtlich möglich ist. Dies ist allemal besser, als im Nachhinein bereits entstandene Entwicklungen zu verhindern.

Um dieses Ziel zu erreichen, führt die Stadt Rüsselsheim für die beiden in der Skizze gekennzeichneten Flächen einen gemeinsamen städtebaulichen Wettbewerb durch.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Jordi Waldner





22. April 2020

An das Büro des
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim am Main

Mit der Bitte um entsprechende Weiterleitung

Antrag zur sofortigen Behandlung in der StVV

**Sofortige Aufhebung/ Widerruf des Beschlusses der StVV vom 24.03.2020
(TOP 21) „Delegation von Entscheidungen der StVV an den HuFA“**

Begründung:

Da es bereits bei einigen Themen, z.B. Anmietung von Flächen im Neubauprojekt Friedensplatz, Änderung des § 4 der Haushaltssatzung 2020, derzeit schon zu sehr unterschiedlichen Ansichten bezüglich der Dringlichkeit von Entscheidungen, und somit auch der Zuständigkeit des HuFA, gekommen ist, bedarf es aus meiner Sicht dringend einer Aufhebung/ Widerruf des Beschlusses der StVV vom 24.03.2020. In der jetzigen Situation, mit dem bestehenden Delegationsbeschluss, kann die Stadtverordnetenversammlung ihrer Kontrollfunktion nicht genügend gerecht werden.

Ich bitte daher darum, sehr zeitnah und unter den nötigen hygienischen Sicherheitsvorkehrungen, eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einzuberufen. Dies wäre auch, wie bereits am 24.03.2020, im Ratssaal des Rathauses möglich.

Des Weiteren sollten aus meinem demokratischen Verständnis, bis zur Entscheidung der StVV zu diesem Antrag, auch keine weiteren Entscheidungen durch den HuFA gefällt werden.

Robert Adam-Frick
Stadtverordneter
FREIE WÄHLER

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT



28.04.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag zur Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete aus den Lagern auf griechischen Inseln.

Behandlung in SoziJA, HuFA und StVV bzw. wegen Aufgabendelegation nur im HuFA

- In Erwägung ihres Beschlusses „Sicherer Hafen Rüsselsheim“ vom 24. Oktober 2019
- In Erwägung der katastrophalen Lage für die Menschen in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln
- In Erwägung der zusätzlichen Gefährdung der dort zusammengedrängt lebenden Menschen durch das Corona-Virus
- In Erwägung, dass bereits viele der im Bündnis sicherer Häfen zusammengeschlossenen 140 Städte und Gemeinden erneut explizit ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Geflüchteten aus den Flüchtlingslagern bekundet haben
- In Erwägung, dass unsere Solidarität für die Schwächsten und Gefährdetsten am wichtigsten ist
- In Erwägung des Artikels 1 des Grundgesetzes

beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim die Bereitschaft der Stadt, zehn unbegleitete Minderjährige und weiter zehn wegen Alter und/oder Gesundheitszustand besonders durch das Coronavirus gefährdete Menschen aufzunehmen.

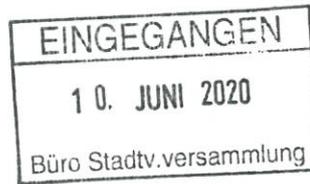
Begründung: erfolgt mündlich

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'H.-Jürgen Krug'. The signature is fluid and cursive.

Heinz-Jürgen Krug

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 09.06.2020

**Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> Love Family Park 2021**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main, nimmt umgehend mit dem Veranstalter des „Love Family Park“ Kontakt auf und signalisiert die Bereitschaft, *unter Vorbehalt einer Untersagung durch eine übergeordnete Behörde*, die Veranstaltung „Love Family Park“ auch im Jahr 2021 zu genehmigen.
2. Der Stadtverordnetenversammlung wird noch im Jahr 2020 ein Sachstandsbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Begründung:

erfolgt mündlich


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

**Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> Sommerschließzeit 2020 der Kindertagesstätten**

Der Antrag vom 08. Mai 2019 wird wie folgt geändert:

Punkt 1 (wird wie folgt abgeändert)

Aufgrund der vorliegenden Daten und Ergebnisse der durch den Magistrat erfolgten Befragung der Eltern zum Betreuungsbedarf und des Personals zur Arbeitsbereitschaft während der, nach der Kita Satzung vorgesehenen Schließzeit in den hessischen Sommerferien, wird über die benötigte Notbetreuung hinaus aufgrund der möglichen Kapazitäten der Kindertagesstätten eine Betreuung auch für Kinder nicht berufstätiger Eltern angeboten, die Interesse bekunden.

Punkt 2 (wird wie folgt abgeändert)

Der Magistrat wird beauftragt, einen Betreuungsplan zu erarbeiten.
Der Plan soll dabei unter folgenden Gesichtspunkten aufgestellt werden:

- Elternbefragung zum Betreuungsbedarf über den Notbedarf hinaus
- Personalabfragung zur Arbeitsbereitschaft
- Priorisierung der Bedarfe, bei verbleibenden Betreuungsplätzen wird nach Interesse und Bedarf belegt
- Es soll geprüft werden, inwieweit mehrere Einrichtungen geöffnet werden können, damit die den Eltern zuzumutende Erreichbarkeit gewährleistet ist (auch mit dem ÖPNV)

Begründung

§3 Nummer 9 der Kita-Satzung sieht eine Schließzeit in den hessischen Sommerferien von drei Wochen vor. Diese Schließzeit ist bei einem Regelbetrieb vorgesehen, damit die Kinder, als auch die Erzieherinnen und die Erzieher sich eine kleine Auszeit nehmen. Diese Schließzeit wird in der Regel von den Erzieherinnen und Erziehern auch für die Inanspruchnahme ihres Urlaubes genutzt.

Nun leben wir aber seit über drei Monaten in einer außergewöhnlichen Situation, zunächst war nur eine Notbetreuung möglich, seit einigen Wochen ist ein eingeschränkter Regelbetrieb eingerichtet worden. Ab dem 06.07.2020 sollen die Kindertagesstätten in den Regelbetrieb übergehen. Das sind genau drei Wochen vor der geplanten Schließzeit. Das bedeutet, dass die Kinder nach drei Wochen Regelbetreuung wieder eine Schließzeit von drei Wochen hätten. „Kinder sind aufgrund ihres Alters und ihrer Entwicklung mehr als Andere auf die Berücksichtigung ihrer Grundbedürfnisse angewiesen, um Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. Dies beinhaltet u.a. neben der Förderung, die Bildung, aber auch die Bewegung, das Spiel und vor allem die sozialen Kontakte. Werden diese Bedürfnisse über einen längeren Zeitraum nicht erfüllt, kann dies enorme Folgen in der Entwicklung haben.“ (Stellungnahme des Kinderschutzbunde vom 01.05.2020)



Man muss dabei die Bedürfnisse der Kinder und deren Eltern berücksichtigen. Viele Eltern waren in den vergangenen Monaten einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt durch die Ausübung ihres Berufs und die gleichzeitige Kinderbetreuung. Viele Kinder haben seit über drei Monaten die Kindertagesstätte nicht besucht und benötigen daher eine Eingewöhnung. Die erneute Schließzeit würde dazu führen, dass die Kinder kurz nach der Eingewöhnung erneut eine dreiwöchige Pause hätten. Das stellt die Familien unter eine nicht zumutbare Herausforderung.

Nicht zu vergessen sind die Familien, in denen Kinder häuslicher psychischer und/oder physischer Gewalt ausgesetzt sind. Kinderschutzorganisationen, die Familienministerin und der Europarat befürchteten bereits zu Beginn der Pandemie, dass die Gewalt gegen Kinder in erheblichem Maße zunehmen würde, wenn alle zuhause aufeinander sitzen würden. Seit mehr als drei Monaten wird häusliche Gewalt nicht wahrgenommen, weil niemand mehr so genau hinschaut. Die Betreuung in Kindertagesstätten bedeutet für die betroffenen Kinder eine Erholung und ein Schutz vor ihrem Zuhause. Die Erzieher und Erzieherinnen können im Bedarfsfall einschreiten und das Jugendamt informieren. Angebote von Vereinen oder soziale Hilfen wurden entweder massiv reduziert oder ganz eingestellt. Das Risiko von Stresssituationen in den Familien wurde durch die erforderlichen Maßnahmen der seit März 2020 gesteigert. Wir als Stadtverordnete haben eine Fürsorgepflicht für die Schwächsten in der Gesellschaft und sollten alles dafür tun, damit die Kinder ohne Unterbrechung im Sommer in die Kitabetreuung zurückkehren können.

Nicht unerwähnt soll in diesem Zusammenhang die Tatsache bleiben, dass die Gewerkschaften ver.di und dbb bereits jetzt mit Streiks im Herbst 2020 drohen im Zusammenhang mit den anstehenden Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst. Hier steht den Kindern Eltern eine weitere Schließung und Herausforderung bevor und dann ist keine Notbetreuung möglich. Den Gesamtzusammenhang betrachtend wäre der Verzicht auf die Schließzeit in diesem Jahr ganz besonders wichtig.

Sofern Kapazitäten über die erforderliche Notbetreuung hinaus bestehen, können Kinder, welche einen Bedarf oder das Interesse bekunden, während der vorgesehenen Schließzeit betreut werden, auch wenn die Eltern nicht berufstätig sind oder theoretisch Urlaub in Anspruch nehmen könnten. Das würde die Familien entlasten, ohne dabei die Erzieherinnen und Erzieher zu verpflichten, auf ihren geplanten Urlaub zu verzichten.

Punkt 2 ist nicht für erledigt zu erklären, da eine Befragung der Eltern nicht nur nach dem Notbedarf (ohne Einschränkung), sondern auch nach dem Allgemeinen Bedarf und Interesse erfolgen soll.

Aufgrund der Ergebnisse dieser Befragungen ist ein Plan für die benötigte Betreuung über eine Notbetreuung hinaus zu erstellen, damit so viele Kinder wie möglich in der vorgesehenen Schließzeit betreut werden können.

Rüsselsheim am Main, 24.06.2020



Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

**Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> Sommerschließzeit 2020 der Kindertagesstätten**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im laufenden Jahr 2020 wird die Sommerschließzeit der Kindertagesstätten laut der „Satzung über die Kindertagesstätten in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim am Main / §3 Betreuungszeitrahmen / Punkt 9“ nicht wie geplant durchgeführt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, einen Notfallplan zur Sicherstellung der benötigten Betreuung zu erarbeiten.

Der Plan soll dabei unter folgenden Gesichtspunkten aufgestellt werden:

- Elternbefragung zum Betreuungsbedarf
- Personalabfragung zur Arbeitsbereitschaft
- Priorisierung der Bedarfe
- Betreuung möglichst im „Heimatkindergarten“

Begründung:

Auf Grund der zurzeit herrschenden Pandemie mussten viele Arbeitnehmer ihren gesamten Jahresurlaub in Anspruch nehmen.

Viele Familien werden aus diesem Grund nicht wie geplant in den Sommerurlaub verreisen können.

Zur Sicherstellung, dass Eltern auch im geplanten Schließungszeitraum ihrem geregelten Arbeitsleben nachgehen können, ist das erweiterte Notfallbetreuungsangebot der Stadt eine wichtige Maßnahme für eine Existenzsicherung der betroffenen Familien, welche auf Kinderbetreuung angewiesen sind.

Eine zusätzliche Schließung der Kindertagesstätten für drei Wochen ist unter den derzeitigen Umständen eine unzumutbare Herausforderung.

Dieser Problematik muss verantwortungsvoll entgegengewirkt werden.

Rüsselsheim am Main, 08.05.2020


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> Verkehrs- und Sicherheitskonzept im öffentlichen Straßenverkehr
für den Bereich:
Landungsplatz, Mainstraße, Schäfergasse, Faulbruchstraße und Dammgasse

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt Maßnahmen für den öffentlichen Straßenverkehr des oben genannten Bereichs zu prüfen.

Die Prüfung wird unter der Zielsetzung einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung durchgeführt.

Im Rahmen der Prüfung werden u. a. folgende Kriterien berücksichtigt:

1. Welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen sind in diesem Bereich möglich?
2. Welche flächenmäßigen Maßnahmen können in diesem Bereich geschaffen werden?
3. Welche weiteren baulichen Maßnahmen sind zur Umsetzung möglich?
4. Welche weiteren Befugnisse stehen dem Magistrat als Ordnungsbehörde für die Durchsetzung der Maßnahmen zur Verfügung? (wie beispielsweise fest installierte Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte, Präsenzstreifen und Verkehrskontrollen der Stadtpolizei)

Der Stadtverordnetenversammlung wird quartalsweise ein Zwischenbericht zum Bearbeitungsstatus vorgelegt.

Begründung:

erfolgt mündlich

Rüsselsheim am Main, 09.06.2020


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

alt



An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> Verkehrs- und Sicherheitskonzept im öffentlichen Straßenverkehr
für den Bereich:
Landungsplatz, Mainstraße, Schäfergasse, Faulbruchstraße und Dammgasse

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt ein Verkehrs- und Sicherheitskonzept für den öffentlichen Straßenverkehr des oben genannten Bereichs zu erstellen.

Das Konzept dient der Zielsetzung einer nachhaltigen Verkehrsberuhigung.

Im Rahmen der Prüfung werden u. a. folgende Kriterien berücksichtigt:

1. Welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen sind in diesem Bereich möglich?
2. Welche flächenmäßigen Maßnahmen können in diesem Bereich geschaffen werden?
3. Welche weiteren baulichen Maßnahmen sind zur Umsetzung möglich?
4. Welche weiteren Befugnisse stehen dem Magistrat als Ordnungsbehörde für die Durchsetzung der Maßnahmen zur Verfügung? (wie beispielsweise fest installierte Geschwindigkeitsüberwachungsgeräte, Präsenzstreifen und Verkehrskontrollen der Stadtpolizei)

Der Stadtverordnetenversammlung wird quartalsweise ein Zwischenbericht zum Bearbeitungsstatus vorgelegt.

Begründung:

Die Parkflächen am Landungsplatz dienen vorrangig für das innerstädtische Parken sowie der Anfahrt der anliegenden Naherholungsgebiete. Weiterhin ist der Landungsplatz durch den Radweg, der Anlegestelle, der Wohnmobilplätze und verschiedener Veranstaltungsangebote eine hoch frequentierte Verkehrsfläche mit erhöhtem Sicherheitsanspruch.

Vermeehrt ist jedoch zu beobachten, dass dieser Verkehrsbereich als „Rennstrecke“ für hochmotorisierte Fahrzeuge genutzt wird. Die Sicherheit weiterer Verkehrsteilnehmer, Fußgänger oder Radfahrer ist durch dieses rücksichtslose Rasen nicht mehr gewährleistet.

Ebenfalls ist den Anwohnern, den Wohnmobilisten sowie den Gästen der ansässigen Hotels und Gastronomen die erhebliche Lärmbelastigung nicht weiter zuzumuten. Die Montage der Geschwindigkeitshemmer führten leider zu keiner effektiven Verbesserung der Situation. Der schwerwiegenden Gefährdungslage ist dringend durch weitere Maßnahmen entgegenzuwirken.

Rüsselsheim am Main, 17.05.2020


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

Fraktion FW/FNR



Rüsselsheim am Main, 22. Mai 2020

An das Büro des
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim am Main



ANTRAG:

Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke, hier: Außenbestuhlung bis einschl. 30.10.2020

Zur sofortigen Behandlung im HuFA am 18.06.2020 und in der Stadtverordnetenversammlung am 25.06.2020

Die Fraktion FW/FNR beantragt wie folgt:

1. Die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren für gastronomische Zwecke, hier: Außenbestuhlung bis einschließlich 30.10.2020.
2. Dort wo es umsetzbar ist, also unter Berücksichtigung von Fluchtwegen usw., die Außenflächen zur Nutzung durch die Gastronomie vergrößern.
3. Die Verlängerung der Ausschankzeiten im Außenbereich bis 24:00 Uhr.

Begründung:

Mit der Aussetzung der Gebühren und der möglichen Ausweitung der Außenbestuhlung können die Verdienstauffälle der Gastronomen durch das CoVid19-Virus wenigstens zu einem kleinen Teil aufgefangen werden, die durch die Schließung seit 20.03.2020 und die Verkleinerung der Gasträume seit 15.05.2020 entstanden sind. Damit haben Gastronomen die Möglichkeit die Anzahl ihrer Tische beizubehalten, aber dennoch den Sicherheitsabständen und Hygienemaßnahmen gerecht zu werden.

Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzender
FW/FNR

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

22.05.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag zur Ausstattung für „Homeschooling“

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Für alle Schülerinnen und Schüler die die Berechtigungsvoraussetzungen für den Rüsselsheim-Pass erfüllen, stellt der Schulträger Rüsselsheim digitale Endgeräte für das Homeschooling als Leihgeräte zur Verfügung.
2. Der Magistrat wird beauftragt zu ermitteln, ob über diesen Personenkreis hinaus vor dem Hintergrund der Coronakrise weiterer Bedarf an Leihgeräten besteht.
3. Der Magistrat wird beauftragt, wenn möglich, für diese Maßnahme Bundes- und Landesmittel zu beantragen.
4. Der Schulträger Rüsselsheim ist für die Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln verantwortlich. Bei Bedarf werden für Lehrkräfte ebenfalls Leihgeräte zur Verfügung gestellt.
5. Das Medienzentrum (Stadtbildstelle) wird beauftragt, ein Angebot für technische Schulung im Umgang mit den digitalen Endgeräten für alle Bildungsarbeiter*innen zu entwickeln.

Begründung:

Die Coronakrise verstärkt schonungslos die sozialen Schwachstellen unserer Gesellschaft. Die Schließung der Schulen und der Übergang zum Homeschooling trifft vor allem die Schülerinnen und Schüler hart, deren Eltern nicht in der Lage sind, für sie so etwas wie Ersatzlehrer*innen zu sein. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass von Armut betroffene Familien gerade in der Krise erhöhte Ausgaben z.B. für Lebensmittel verkraften müssen. Eine Anschaffung von Endgeräten für das Homeschooling ist vielen daher nicht möglich. Das verstärkt Chancengleichheit massiv. Wir halten fest, dass digitale Endgeräte eigentlich unter die Lehr- und Lernmittelfreiheit fallen und eigentlich allen Schülerinnen kostenlos zur Verfügung stehen müssten. Unser Antrag versteht sich daher als eine Notmaßnahme.

Im Homeschooling wird für Lehrer*innen der häusliche Arbeitsplatz quasi zum Klassenraum, für dessen Ausstattung die Schulträger zuständig sind. Daher müssen bei Bedarf auch Lehrer*innen digitale Endgeräte in der Schule ausleihen können. Kurzfristige Fortbildungsangebote für Lehrer*innen sind notwendig, da nicht alle im Umgang mit digitaler Technik und mit aktuell genutzten Programmen geübt sind.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Heinz-Jürgen Krug

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main



CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main

Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 19.06.2020

Ergänzungsantrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main
> zum Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 22.05.2020
Ausstattung für „Homeschooling“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- **Neuer Punkt 1:**
Der Bedarf der Schülerinnen und Schüler für digitale Endgeräte (z.B. Tablets für Grundschulen/Laptops ab der Sek. I) ist über die Schulen bis zu Beginn der hessischen Sommerferien abzufragen.
- **Punkt 1 wird neuer Punkt 2 und wie folgt ergänzt / geändert:**
Die digitalen Endgeräte werden auf Grundlage der Bedarfsermittlung angeschafft.
Für alle Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem Bedarf stellt der Schulträger Rüsselsheim digitale Endgeräte für das Homeschooling als Leihgeräte zur Verfügung.
- **Punkte 2, 3 und 4 des Antrags der Linken werden zu Punkt 3, 4 und 5.**
- **Der jetzige Punkt 5 entfällt.**
- **Neuer Punkt 6:**
Das Medienzentrum der Stadt Rüsselsheim verwaltet die Geräte zentral für alle Rüsselsheimer Schulen. Ein Verleihkonzept wird erarbeitet.

Begründung:

Dieser Ergänzungsantrag ermöglicht es, kurzfristig auf die aktuellen Entwicklungen zu reagieren und den Bedarf für das nächste Schuljahr abzudecken. Gleichzeitig ist die Anschaffung dieser Geräte auch langfristig sinnvoll, da digitales Lernen sich aufgrund der Krise weitgehend nachhaltig etabliert hat und aus den Schulen nicht mehr wegzudenken ist.

Die Corona-Krise stellt die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte vor große Herausforderungen. Die Chancengleichheit ist dabei in Gefahr: Schülerinnen und Schüler, die keinen Zugang zu digitalen Endgeräten haben, haben einen deutlichen Nachteil bei der Teilhabe am digitalen Unterricht. Laut des KMK-Beschlusses von 2016 sind bis zum Jahr 2021 die Träger der Medienzentren/Schulträger verpflichtet, für alle Schülerinnen und Schüler einen Zugang zum Internet und zu digitalen Endgeräten zu ermöglichen.


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1.) Der Magistrat wird beauftragt, die von Bund und Land zur Verfügung gestellten Mittel zur Anschaffung von digitalen Endgeräten zur Ausleihe an Schüler*innen und für den schulischen IT Support im vollen Umfang in Anspruch zu nehmen.
- 2.) Der Bedarf der Schüler*innen für digitale Endgeräte (z.B. Tablets für Grundschulen/Laptops ab der Sek. I) ist über die Schulen bis zu Beginn der hessischen Sommerferien abzufragen.
- 3.) Die digitalen Endgeräte werden auf Grundlage der Bedarfsermittlung angeschafft. Alle Schüler*innen, die die Berechtigungsvoraussetzungen gemäß des Gesetzes zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur an hessischen Schulen (Corona-Kommunalkpaket-Gesetz) erfüllen, stellt der Schulträger Rüsselsheim digitale Endgeräte für das Homeschooling als Leihgeräte zur Verfügung. Die Ausgabe der Leihgeräte an Schüler*innen soll möglichst unbürokratisch erfolgen.
- 4.) Der Magistrat wird beauftragt zu ermitteln, ob über diesen Personenkreis hinaus vor dem Hintergrund der Coronakrise weiterer Bedarf an Leihgeräten besteht.
- 5.) Bei Bedarf werden für Lehrkräfte ebenfalls Leihgeräte zur Verfügung gestellt. Eine Finanzierung hierfür muss jedoch zu 100% durch das Land Hessen erfolgen.
- 6.) Das Medienzentrum wird beauftragt, ein Angebot für technische Schulung im Umgang mit den digitalen Endgeräten für alle Bildungsarbeiter*innen anzubieten. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Erarbeitung eines Verleihkonzeptes für digitale Endgeräte über das Medienzentrum sinnvoll ist.

Begründung

Das Land hat angekündigt, dass nach Beschluss des Nachtragshaushaltes (voraussichtlich Ende Juni) die gemäß Gesetzesentwurf zur Förderung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur an hessischen Schulen die Schulträger die auf sie entfallenden Kontingente zur Anschaffung von mobilen Endgeräten (inkl. Support) erhalten.

Rüsselsheim erwartet eine Zuweisung von 565.242 € aus Bundesmitteln und 131.336 € aus Landesmitteln, hinzu kommt ein 10 % Eigenanteil (62.805 €), der über bestehenden Mitteleinsatz eingebracht werden kann. Das Gesamtkontingent umfasst somit 759.383 €. Die Mittelverwendung aus dem Sofortprogramm muss bis zum 01.12.2020 nachgewiesen sein.

Es geht nun darum möglichst unbürokratisch die digitalen Endgeräte den Schüler*innen zur Verfügung zu stellen.

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

25.06.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

**Änderungsantrag zum „gemeinsamen Antrag“ zur Ausstattung für „Homeschooling“ /
„Digitales Lernen“**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

In Punkt 5 wird der zweite Satz („Eine Finanzierung hierfür muss jedoch zu 100% durch das Land Hessen erfolgen.“) ersetzt durch

„Auch dafür sind Fördermittel von Bund und Land in höchstmöglichem Umfang zu beantragen.“

Begründung:
Erfolgt mündlich

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug



Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 27.05.2020

Antrag zur Beratung im HuFa am 16.06.2020

Mobile Gastronomie im Vernapark

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für die Fläche zwischen Mühle und Musikpavillon im Vernapark einen Standplatz zum Betrieb einer mobilen Gastronomie (analog dem Kaffeemobil auf dem Wochenmarkt) ausschreibt.

Begründung:

Die Mühle im Vernapark ist nicht für eine dauerhafte gastronomische Einrichtung geeignet. Jedoch ist es gut vorstellbar, dass am bzw. um den Musikpavillon ein Standplatz für eine mobile Gastronomie (analog dem Kaffeemobil auf dem Wochenmarkt) etabliert wird. Eine entsprechende Ausschreibung soll der Magistrat auf den Weg bringen.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende